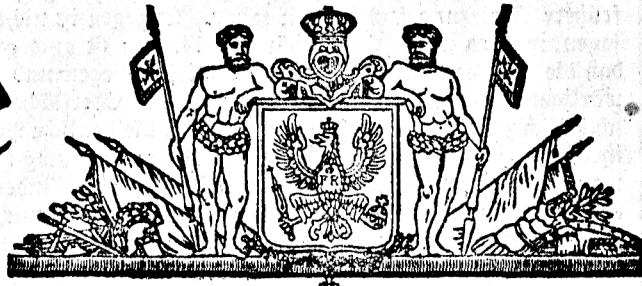


# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin. \* Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 \* Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Marktstraße 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Französische Annexion des Saargebiets?

Marshall Foch hat eine Grenzsperrung angeordnet zwischen Elsaß-Lothringen und den angrenzenden Ländern. Er hat dabei das Gebiet um Saarbrücken und Saarlouis in die elsass-lothringische Grenze mit einbezogen. Dadurch werden größere Teile der preussischen Rheinprovinz ohne weiteres zu Elsaß-Lothringen gezogen.

Die Verhängung der Grenzsperrung steht in schärfstem Widerspruch zu den klaren Abmachungen des Waffenstillstandsvertrages, wonach Elsaß-Lothringen als Bestandteil des Deutschen Reiches anerkannt wird. Die Grenzsperrung hat unabsehbare Folgen auf politischem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiet. Der Verkehr nach Deutsch-

land ist unterbunden. Die Ausfuhr der Saarkohle nach Deutschland und namentlich auch nach der Schweiz kann nicht mehr stattfinden. Post- und Telegrafverkehr sind behindert. Von einem geordneten Geschäftsverkehr kann nicht mehr die Rede sein. Alle Vorbereitungen für die Nationalversammlung sind damit in Elsaß-Lothringen unmöglich gemacht worden. Die Maßregeln der Grenzsperrung, wie sie Foch angeordnet hat, kann nur als Vorbote der von den Franzosen beabsichtigten Annexion aufgefaßt werden. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat sofort energig Widerstand erhoben, und es ist kein Zweifel, daß die gesamte öffentliche Meinung Deutschlands wie ein Mann aufsteht gegen diese widersätzliche Verletzung des Waffenstillstandsvertrages und gegen die Vorwegnahme der Annexion.

### Selbstbeschimpfung.

Von

Fedor v. Zobeltitz.

Wir erleben in dieser an ungeheurer dramatischer Vorgängen überreichen Zeit das seltsame Schauspiel, daß ein Volk, das Kraft genug fand, sich nicht nur einer lästigen gewordenen Regierung gewissermaßen von heute zu morgen zu entledigen, sondern das auch mit allen politischen Ueberlieferungen der Vergangenheit rücksichtslos zu brechen bereit ist, sich in einem Zustand der Selbstanklagen gefüllt, der jedes Maß ehrlicher Beurteilung und vernünftiger Einkehr weit überschreitet. Ich erinnere mich, schon im zweiten und dritten Kriegsjahr englische Broschüren gelesen zu haben, in denen ohne jede Beschönigung die keltischen und strategischen Fehler, die beispielsweise zu den Niederlagen auf Gallipoli und in Mesopotamien geführt hatten, enthüllt und zugegeben wurden; aber niemals wurde dabei auch nur mit einer Wendung und einem Wort in schmähernder Kritik der englische Nationalcharakter gestreift. Bei uns fragte man alsbald nach Beginn des Krieges: Womit haben wir den Haß verdient, der von vier Fünfteln der Welt wie ein Sturzregen von Feuer und Schwefel auf uns herniederprasselt? Und fanden damals schon Antworten, die sich durchaus nicht immer mit der Wahrheit vertrugen, sondern — zumal in den zahlreichen, aus deutscher Feder fließenden Veröffentlichungen, die aus neutralen Ländern in alle Weiten getragen wurden — zu Beschimpfungen des tiefstimmigen Wesens unseres Volkes wurden.

Daß Hunderttausende von uns an den Sieg unserer Waffen glaubten und als Folge dieses Sieges auf einen ehrlichen Frieden gesetzt haben, ist keine Schande. Es ist aber auch begreiflich, daß nach dem jähen Zusammenbruch aller unserer Hoffnungen, der uns wie durch einen zerrissenen Schleier in ein System voll Lug und Hohlheit schauen ließ, wir nach den Schuldigen suchten, die uns in das furchtbare Abenteuer dieses Weltkrieges trieben. Gewiß ist das verständlich, und wenn der Ruf nach einer Öffnung der Archive erkante, um die Schuldfrage zu klären und die Urheber des sogenannten Verbrochens an den Branger zu stellen oder meinetwegen einem Staatsgerichtshofe zu überliefern, so kann man durchaus damit einverstanden sein.

Diese Untersuchung warten wir indessen gar nicht ab. Es ist eine Stimmung eingetrisen wie zu mittelalterlicher Zeit, da die Bußprediger von Stadt zu Stadt zogen, um mit ihrem gelben Mea culpa sich die Brust zu zerschlagen und das Volk auf die Knie zu zwingen. Nichts von religiösen Strömungen spricht heute dabei mit; aber es hat doch den Anschein, als habe die tiefe Hoffnungslosigkeit, die sich angesichts der unbarmherzigen Waffenstillstandsbedingungen der Feinde weiter Kreise bemächtigt hat, eine seelische Verwirrung erzeugt, die nun zu politischer Ausnützung wird.

Auch diese Zwednung ist verständlich, denn sie soll das alte System treffen und seine Unhaltbarkeit bezeugen. Aber sie ist dennoch falsch, weil sie einer gerecht wägenden Ururteilung vorgeht und uns von vornherein in den Augen des Auslands verdammt, zumal des feindlichen, das in seinen öffentlichen Organen hundertmal betont hat (und dies beim Friedensschlusse sicher auch in die Praxis übertragen wird wie beim Waffenstillstand), daß es mit dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit abzurechnen wünscht und keineswegs mit seinen „verbrecherischen Führern“ von gestern. Es ist also zum mindesten ganz zwecklos, wenn in Volksversammlungen, Kundgebungen, Aufrufen und Erlassen wir uns selbst in hysterischen Anklagen der Urheberhaftigkeit des Weltkrieges bezichtigen, wenn wir sogar, wie es jüngst von inzwischen maßgebend gewordenen Seiten aus geschah, auf den siebziger Krieg zurückgreifen, um darzutun, daß wir damals Frankreich verewaltigt hätten.

Grüße fliegen auch nach England hinüber, und ein im letzten Jahre Vielgenannter preist in schöner Rede den vornehmen Charakter der Bettern jenseits des Kanals. Ihr vornehmer Charakter hat sie aber nicht gehindert, auch in diesem Kriege auf Eroberungen auszugehen, die ihr aus Eroberungen zusammengefügtes Imperium noch riesenhafter vergrößert haben. Ruft man nach Öffnung der Archive, so vergesse man doch nicht, daß sich uns mancherlei Geheimnisse schon erschlossen haben. Deutschland hat ver-

## Eine bayerische Ablage an Eisner.

Der Schweizer bayerische Gesandte für die Nationalversammlung.

München, 1. Dezember.

Drehtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Die „Münchener Post“ bringt in ihrer heute nachmittag erscheinenden Nummer an leitender Stelle eine scharfe Wfsage an den Ministerpräsidenten Eisner, verfaßt von Professor F. W. Förster, dem Vertreter der bayerischen Revolutionsregierung in Bern. Förster erklärt:

Als ich von dem neuen Ministerpräsidenten eingeladen wurde, die provisorische Vertretung Bayerns in der Schweiz zu übernehmen, habe ich zugesagt, weil mir das von der neuen Regierung gegebene Programm und die Zusammensetzung des Ministerrates die Gewähr zu bieten schien, daß auf breiter demokratischer Basis gearbeitet würde. Meine persönlichen Gründe in München haben mich in dieser Beziehung von Tag zu Tag mehr enttäuscht. Gewiß ist meine Hochachtung vor dem selbstlosen Charakter des Herrn Ministerpräsidenten Eisner die gleiche geblieben. Ich halte auch viele seiner grundlegenden Ideen für ausgezeichnet und hätte nichts mehr gewünscht, als daß er deren Autorität durch seine Politik gestärkt hätte. Leider aber mußte ich mich davon überzeugen, daß er sich bei der Durchführung seiner Ideen auf Methoden stützen will, mit denen ich meinen Namen auch nicht von ferne verbinden kann. Gewiß will Eisner keinen Bolschewismus, ja, er glaubt aufrichtig, daß er durch seine Methoden den Bolschewismus verhindern kann. Praktisch aber muß sein Regiment dahin führen, daß bei der Neugestaltung Deutschlands eine ganz bestimmte Klasse — und wahrlich innerhalb dieser Klasse auch nur eine ganz bestimmte Gruppe — mehr oder weniger autoritär entscheidet, während die anderen Kreise von der Mitbestimmung der Dinge ferngehalten werden. Dieser Autokratie soll nun freilich durch Angliederung berufständlicher Vertretungen an die Arbeiter- und Soldatenräte entgegen gewirkt werden. Daß aber dadurch eine wahrhaft demokratische Vertretung der Interessen und Rechte aller Klassen noch nicht gesichert wird, ist ohne weiteres klar. Eisner will aber auch solche Gleichheit der Vertretung gar nicht, denn er fürchtet, daß die grundlegende Neugestaltung, die er im Auge hat, sofort durchkreuzt werden würde, wenn man die jetzt beiseite gedrängten Klassen wieder zur Mitwirkung heranzulassen würde. Er hat jeden Glauben an das Bürgertum verloren, und darum kämpft er verzweifelt gegen die Nationalversammlung. Eisner spricht die Stimmung von Millionen aus, denen in ihrer Not zum Bewußtsein gekommen ist, wie traurig die sogenannten Bildungsgeschichten in diesem Kriege und schon lange vorher verfaßt haben, mit welcher geradezu unfaßbaren Verblendung ihre sogenannte Realpolitik uns von der ganzen Welt isoliert und uns die ganze Welt auf den Hals gehetzt hat.

Dies zur Erklärung für Eisners Stellungnahme. Aber die ganze Frage hat eben doch auch noch andere sehr ernste Seiten. Ich wende mich hier mit offenem und dringendem Appell an das Gewissen und Intelligenz der Arbeiter- und Soldatenräte: Wir gehen alle miteinander hoffnungslos zugrunde, wir kommen in einen Bankrott hinein, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, wenn wir Deutsche jetzt beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft und Kultur nicht in wahrhaft gleichem Geiste zusammenhalten. Es geht jetzt nicht an, daß weite Kreise in das verbitterte Gefühl getrieben werden, daß sie bei diesem Aufbau ausgeschaltet werden sollen. Die Idee der Nationalversammlung ist

das Symbol für die unentbehrliche Verbrüderung aller Klassen zum Werke der Rettung unseres Vaterlandes, vor Auflösung und schimpflicher Bevormundung von außen her. Wenn heute sich die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenmassen auch einstimmig für die Nationalversammlung aussprechen würden, so würden sie damit am stärksten gegen den alten Geist der Gewalt und der Ausschließung protestieren. Sie würden damit zeigen, daß sie nicht nur den Militarismus, sondern auch die Vergewaltigung von unten verwerfen und daß sie das Maschinengewehr ebenso zornig in die Kumpelkammer schleudern wie alle anderen bösen Hebrbleisfel und bösen Erinnerungen einer dunkelsten Vergangenheit. Die Intellektuellen waren es, die die Gewalt verherlicht haben. Wegen die Handarbeiter, die die Not der Gewalt am tiefsten erlitten haben, nun auch mit mehr Charakterstärke durch das eigene Beispiel für die neue Zeit einzutreten und kämpfen.

Es ist gewiß wahr, daß die weiteren Kreise des Bürgerturns heute noch wenig genügend verstehen können, welchen Grad von Selbsterkenntnis und Gedankenwandlung sie nötig haben, um vor den gewaltigen inner- und außerpolitischen Aufgaben der nächsten Zeit zu bestehen. Diese Aufgabe aber darf kein Grund sein, diese Kreise auszuschließen, wichtigste Entscheidungen über ihren Kopf hinweg zu fällen und auf die Einberufung der Nationalversammlung zu verzichten. Wer nicht so fest an die Macht der neuen Idee glaubt, daß er sicher ist, daß diese Idee auch eine solche Nationalversammlung erobern werde, der muß überhaupt an der Zukunft verzweifeln, denn die äußere Gewalt und die ängstliche Anschließung ist immer nur ein künstliches und oberflächliches Mittel — nur durch geistige Gewalt kann Dauerndes geschaffen werden.

Zum Schluß ist zu bedenken — und ich rede hier aus innerster Kenntnis der Sachlage — daß die Entente mit uns weder Frieden machen noch uns Nahrung senden, sondern aller Voraussicht nach Deutschland nach Ablauf des Waffenstillstandes militärisch besetzen wird, wenn bis dahin keine Anzeichen für die Einsetzung einer dauerhaften dem Willen des ganzen deutschen Volkes zum Ausdruck bringenden vertragsfähigen Regierung zu bemerken sind. Die Verlängerung des Waffenstillstandes und der Präliminarfrieden werden zweifellos nur einer Regierung bewilligt werden, die alles ins Werk setzt, im beschleunigten Tempo die Nationalversammlung einzuberufen, wobei gegenüber der dringenden weltpolitischen Bedeutung dieser beschleunigten Einberufung alle technischen Bedenken zurücktreten müssen. Alle die vorangehenden Erwägungen habe ich in den letzten Tagen dem Herrn Ministerpräsidenten Eisner offen vorgelegt. Ich wiederhole sie in der Öffentlichkeit, um an alle diejenigen zu appellieren, die in diesen Tagen die leitenden und kontrollierenden Funktionen in Händen haben. Möge der neue Geist des Rechts und der gegenseitigen Hilfe alle Rechte des alten Gewaltgeistes beseitigen, möge der Geist gegenseitigen Vertrauens über jede Art der Autokratie triumphieren, damit es den leidenden Millionen, die jetzt nach vier Kriegsjahren todmüde in die Heimat einziehen, erspart sei, vom Weltkrieg in den Bürgerkrieg hineingerissen zu werden.

F. W. Förster.